

Basta!

Nr. 4 / September 1997

Basels starke Alternative

Stopp der Prämienexplosion!

Gesundheit

Nicht die vielbeschworene "Kostenexplosion", sondern die unsoziale Finanzierung ist für die Misere im Gesundheitswesen verantwortlich.

Kein Gesundheitswesen in Europa wird so unsozial finanziert wie in der Schweiz. Die Kopfprämien werden unabhängig vom Einkommen erhoben und sind vor allem für einkommensschwache Familien eine enorme finanzielle Belastung geworden. Sie haben für viele den Charakter einer unsozialen, weil einkommensunabhängigen Steuer erhalten. Die öffentliche Hand (Bund und Kantone) haben ihren Anteil an der Finanzierung des Gesundheitswesens massiv gesenkt, entsprechend sind die Kopfprämien explodiert. Die Prämi-

"Es ist dringend, dass die Finanzierung des Gesundheitswesens sozialer wird."

enbeiträgen sind in vielen Fällen ungenügend. Es ist dringend, dass die Finanzierung des Gesundheitswesens in der Schweiz sozialer wird. In Prozent des Bruttoinlandproduktes liegen die Gesundheitskosten mit 10% im Durch-

schnitt vergleichbarer Industrieländer. Das Schlagwort "Kostenexplosion" hat also vor allem einen demagogischen Charakter und soll bewirken, dass die Bevölkerung unsoziale

Neumassnahmen wie das Moratorium im Spitexbereich und bei der Psychotherapie akzeptiert. Das

neue Krankenversicherungsgesetz (KVG) wird von vielen für die Misere im Gesundheitswesen verantwortlich gemacht. Festzuhalten ist aber, dass das neue KVG in zahlreichen Punkten Fortschritte gebracht hat: Wichtig ist vor allem das Obligatorium, der Wegfall der Aussteuerung bei langdauerndem Spitalaufenthalt, keine Vorbehalte mehr, und der jederzeit mögliche Krankenkassenwechsel. Im Leistungsbereich wurden im Gesetz neue Spitexleistungen und Psychotherapie durch nichtärztliche PsychologInnen aufgenommen. Allerdings wurde bis heute



Abbauen?

Basel saniert: Kann die Zitrone weiter ausgepresst werden?

Wir können in guten Zeiten sparen, wenn wir etwas zuviel haben, und auf die Seite legen können. Wenn wir aber zuwenig haben, dann können wir nicht sparen, dann geht es an's Lebendige, dann bauen wir ab. Die regierungsrätlichen Vorschläge zur Sanierung des Haushaltes gehen genau in diese Richtung: Um das Defizit zu verkleinern, sollen die Ausgaben um 200 Millionen gekürzt werden. Ein 10%iger Abbau bei Sozial-, Gesundheits- und Bildungsausgaben sowie ein linearer Lohnabbau beim Staatspersonal sind das Ziel. Neue Einnahmen sieht die Regierung ausser einer geringen Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer nicht vor..

Die regierungsrätlichen Forderungen weist Basta! zum grössten Teil zurück. Was sind die Hauptargumente? Basta! sieht keinen finanzpolitischen Notstand, der jetzt zu einschneidenden Massnahmen zwingt. Sicher müssen die öffentlichen Finanzen mittelfristig wieder in's Gleichgewicht kommen, aber dazu müssen gerade diejenigen mehr beitragen, denen es heute wirtschaftlich immer besser geht. Basta! wehrt sich entschieden gegen alle Massnahmen, die unter dem Deckmantel des "Sparens" daherkommen und letztlich nur Sozialabbau und Umverteilung von unten nach oben bedeuten.

Basta! anerkennt, dass die Aufgaben des Staates auf Grund der sich verän-

Fortsetzung Seite 2

Fortsetzung Seite 2

Multimediale an:
Postfach 142, 4005 Basel

AZB
4005 Basel

Fortsetzung von Seite 1

gesetzeswidrig verhindert, dass diese Psychotherapieleistungen auch tatsächlich vergütet werden. Ohne das neue KVG wäre die Situation heute noch schlimmer.

Erinnert werden muss auch daran, dass zahnärztliche Leistungen nicht versichert sind und bis heute die Krankentaggeldversicherung nicht obligatorisch ist. Gerade Menschen in schlechten Arbeitsverhältnissen sind daher bei Krankheit ungenügend finanziell abgesichert.

Sicher gibt es auch im Gesundheitswesen Sparmöglichkeiten, sollten unnötige Operationen verhindert werden und andere finanzielle Anreize zu einem rationaleren Verhalten führen. Vor einer Sparhysterie ist aber zu warnen, soll nicht die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung in der Grundversicherung gefährdet werden. Wichtig ist, dass jede Frau und jeder Mann unabhängig vom Einkommen Anspruch auf die gleiche Qualität der medizinischen Versorgung hat. Wir wollen keine Zwei- resp. Mehrklassenmedizin.

Fortsetzung von Seite 1

dernden Rolle des Gemeinwesens diskutiert werden müssen. Diese politische Diskussion wird aber mit den Vorschlägen der Basler Regierung nicht geführt. Im Gegenteil: Mit einer engen "BuchhalterInnen-Mentalität" wird zusammengestrichen, wo es geht. Oberstes Kriterium ist, was es kostet.

Nicht gerade billig sind zum Beispiel die Schulen. Sie sollen 10% ihrer Kosten reduzieren. Die Qualität der Schulbildung soll nicht darunter leiden. Vorgeschlagen wird dazu eine neue Organisation, die den Rektoraten Globalbudgets geben will. Die finanzielle Verantwortung soll vom Erziehungsdepartement eine Stufe nach unten gegeben werden. Das allein bringt kaum Einsparungen. Es soll aber in Zukunft an den Rektoraten liegen, die unpopulären Massnahmen wie Entlassungen von LehrerInnen oder Einführung von grösseren Schulklassen zu ergreifen. Und solche Eingriffe wirken sich auf die Qualität der Schulbildung aus.

Bis Ende dieses Jahr - so der Fahrplan der Regierung - soll das Abbaupaket abgesegnet sein, damit die Massnahmen bereits ab nächstem Jahr greifen können. Wer verhindert diese Abbaupolitik? BastA! ist bereit, gemeinsam mit allen politischen und gewerkschaftlichen Kräften im Grosse Rat, auf der Strasse und mit Referenden den Abbau auf Kosten der sozial Schwächeren zu verhindern. Ob dabei auf die Regierungspartei SP zu zählen ist, erscheint zum jetzigen Zeitpunkt fraglich.

Martin Engel

BastA! und das Herzl-Jubiläum

Zionismus

BastA! kritisierte die offiziellen Feierlichkeiten zum Herzl-Jubiläum und unterstützte den Gegenkongress nicht. Eine neue linke Politik?

Der offizielle wissenschaftliche Kongress und die Feierlichkeiten sind wie befürchtet in einem engen und einseitigen Rahmen abgehalten worden. Der erste zionistische Weltkongress vor hundert Jahren in Basel wurde gefeiert, weitgehend ohne die problematischen Folgen zu beleuchten, die bis heute wirken.

Der Gegenkongress auf der anderen Seite formulierte wichtige Kritik an der historischen wie aktuellen zionistischen Politik, ohne mit der Gegenseite in einen Dialog zu treten. Zum Beispiel konnten die kritischen israelischen Historiker, die sogenannten "New Historians", weder am offiziellen Kongress noch am Gegenkongress auftreten.

BastA! forderte im Vorfeld eine kritische Auseinandersetzung mit der aktuellen Situation im Nahen Osten unter Einbezug aller Beteiligten. Dabei sehen wir uns nicht als StellvertreterInnen irgendeiner Position in diesem Konflikt, sondern stellen die Unterstützung des palästinensisch-israelischen Friedensprozesses in den Vordergrund. Zusätzlich regten wir erfolgreich die Unterstützung von drei Ent-

wicklungsprojekten in Palästina durch die Basler Regierung an. Die Regierung bewilligte 145'000 Franken. Diese Projekte sollen jetzt mit einer privaten Sammlung zusätzlich finanziell unterstützt werden. Ziel ist es, dass Basel auch zu den palästinensischen Gebieten konkrete Solidaritätsbeziehungen aufbaut.

Auch auf Grund des politischen Drucks von BastA! fand während den Sommerferien eine gut besuchte Diskussion zwischen prominenten israelischen und palästinensischen Repräsentanten statt. Ein vom Jugendparlament initiiertes "Jugendkongress" setzte Zeichen, dass vor allem auf zivilgesellschaftlicher Ebene viel zur Verbesserung der Beziehungen beigetragen werden kann. In diesem Sinne wird BastA! sich dafür einsetzen, dass aus Basel in Zukunft Impulse kommen, die zu einem gerechten Frieden im Nahen Osten beitragen können.

BastA! kritisierte bereits im Juni die fehlende kritische Auseinandersetzung des offiziellen Jubiläums mit der eigenen Geschichte. Der Mythos von Basel als "judenfreundliche Stadt" wurde zementiert, unsere

Geschichtsbilder wurden nicht hinterfragt. Der historische wie aktuelle Antisemitismus wurde kaum thematisiert. Die BastA!-Veranstaltung vom 3. September zum Thema Antisemitismus zeigte deutlich, dass noch viel gegen die immer wieder sichtbar werdenden antijüdischen Vorurteile - wie auch gegen alle anderen Rassismen - getan werden muss.

Auffallend ist zudem das Schweigen wichtiger Stimmen. Weder SP noch Grüne oder Frauenliste gingen auch nur im Ansatz auf eine Auseinandersetzung mit dem Thema ein. Nächstes Jahr feiert die Schweiz das 150jährige Jubiläum der Gründung des Schweizerischen Bundesstaats. Eine gute "Übung" im kritischen Umgang mit historischen Ereignissen haben sie verpasst.



Kinder in Palästina: Unterstützung zur Friedensförderung

Kürzung der Taggelder?

Abstimmung

Die Börse boomt. Die Arbeitslosenquote steigt. Stellenabbau rentiert. Arbeitslose werden diffamiert. Börsengewinne sind steuerfrei. Den Arbeitslosen kürzt man das Taggeld. Max Frisch hatte recht: Der Staat verludert.

Der Kanton Basel-Stadt gehört neben dem Tessin und dem Welschland zu den von der Arbeitslosigkeit am meisten betroffenen Gebieten der Schweiz. Innerhalb der vergangenen 5 Jahre wurden in der Region 19'200 Vollarbeitsplätze abgebaut. Diejenigen, die noch eine Arbeitsstelle haben, geraten zunehmend unter Druck. Die Krisengewinnler nutzen die Situation skrupellos aus. Trotz massiv gestiegener Arbeitsproduktivität sinken die Reallöhne.

Der Share-Holder-Value steht im Zentrum der Unternehmenspolitik der Konzerne und Geldinstitute. Während an den Börsen Milliardengewinne erzielt werden, leben immer mehr Menschen an der Grenze zur Armut. Wer viel hat, dem wird noch mehr gegeben; wer wenig hat, dem wird auch das Wenige noch genommen.

"Die Krisengewinnler nutzen die Situation skrupellos aus."

Statt der beschriebenen Entwicklung gegenzusteuern, leistet der Bund ihr noch Vorschub. Der Rückzug aus der Arbeitslosenversicherung bei gleichzeitiger Kürzung der Taggelder und der Kurzarbeitsentschädigungen ist ein

Schritt in die falsche Richtung. Auf Kosten der Arbeitslosen soll der Bundeshaushalt um jährlich 300 Millionen Franken entlastet werden: eine zynische Politik mit Signalwirkung. Bereits werden Stimmen laut, die weitere Taggeldkürzungen bis auf das Existenzminimum fordern. Die Entsolidarisierung der Gesellschaft schreitet voran.

Am 28.9.1997 wird über den dringlichen Bundesbeschluss "zur Finanzierung der Arbeitslosenversicherung" abgestimmt. BastA! empfiehlt, ein NEIN in die Urne zu legen. Ein NEIN zur Kürzung der Taggelder und der Kurzarbeitsentschädigung. Ein NEIN zur Entlastung der Bundesfinanzen auf Kosten der Arbeitslosen. Ein NEIN zur Verludung des Staates.

Martin Flückiger



Die Arbeitslosigkeit, nicht die Arbeitslosen bekämpfen!

Unter jeglichem Niveau!

Abstimmung

Im Abstimmungskampf zur Initiative "Jugend ohne Drogen" ist die politische Linke kaum präsent. Doch eine Annahme der Initiative hätte verheerende Folgen.

"Von der Schöpfung wohlklingender und eingängiger Slogans verstanden die Rechtsbürgerlichen und Psychosekte schon immer mehr, als von tatsächlicher Drogenpolitik", schreibt Heinz Forster, ein Kenner der Szene, in einem Artikel zur aktuellen Diskussion über die Initiative "Jugend ohne Drogen". Tatsächlich findet zur Zeit eine drogenpolitische Diskussion statt, die jegliches Niveau vermissen lässt. Die InitiantInnen, die vornehmlich aus rechtsbürgerlichen Kreisen und dem Verein für psychologische Menschenkenntnis (VPM) bestehen, möchten per Verfassung eine drogenfreie Gesellschaft kreieren - ein grundsätzlich fragwürdiges Anliegen.

Der Titel der Initiative suggeriert, dass die Jugend geschützt werden soll (drogenkonsumierende Erwachsene existieren im Weltbild der InitiantInnen wohl nicht).

"Die Drogenabhängigen sollen einmal mehr der Verelendung preisgegeben werden."

Eine Annahme der Initiative hätte jedoch genau gegenteilige Auswirkungen. Die Drogenabhängigen sollen einmal mehr der Verelendung preisgegeben werden. Es würde eine bereits überwunden geglaubte Politik wieder auferstehen, die Letten und Platzspitz allererst ermöglichte. Das Abgeben von sauberen Spritzen sowie das Betreiben von Gassenzimmern, aber auch sämtliche Substitutionsprogramme (Methadon, resp. Opiatabgaben) müssten aufgegeben werden. Die Tatsache, dass solche Forderungen absolut dilettantisch

sind und jeglicher sachlichen Grundlage entbehren, mag mit dazu beigetragen haben, dass sich die politische Linke im Abstimmungskampf kaum präsent zeigt. Doch man sollte die InitiantInnen nicht unterschätzen. Sie setzen ihre Ressourcen vor allem in ländlichen Gebieten und im Welschland ein. In diesen Gegenden wur-

den, bedingt durch eine repressive Politik, die Süchtigen bis anhin in die grossen Agglomerationen vertrieben.

Wir als linke Oppositionsbewegung können uns nur auf die Drogenlegalisierungsinitiative (Droleg) freuen, über die nächstens abgestimmt wird. Dann sollte auch innerhalb der Linken eine spannende Diskussion in Gang kommen, geht es doch neben der Liberalisierung vor allem um die Frage: Darf eine Gesellschaft Suchtmittel ausschliesslich aus medizinischen oder auch aus hedonistischen Gründen konsumieren?

Eines, scheint mir, sollte in der Diskussion nicht untergehen: Wir entscheiden über Menschen, deren Suchtverhalten differenziert betrachtet werden muss. Dementsprechend brauchen wir auch differenzierte Lösungsansätze. Von daher ist die nur auf Abstinenz ausgerichtete Initiative "Jugend ohne Drogen" zu verwerfen.

Benny Arnold

Herzliche Einladung zur
BastA!-Monatsversammlung:

Macht zuviel Medizin krank?

Montag 22. September
19.30 Uhr
Restaurant L'Escale
(am Messeplatz)

Informations- und Diskussionsabend zum
Gesundheitswesen mit den Hausärzten
Daniel Gelzer und Alex Schwank, beide
Redaktionsmitglieder "Soziale Medizin"
Moderation: Rita Schiavi, Grossrätin

Themen: Prämiexplosion / "Kostenexplosion":
Mythos oder Realität? / Spitalplanung in
Basel / Brauchen wir eine andere Medizin?

☐

Ich interessiere mich
für BastA! Schickt mir mehr
Unterlagen.

☐

Ich möchte regelmässig von
BastA! hören. Ich spende min-
destens Fr. 50.- und bekomme
den detaillierten BastA!-
Versand.

☐

Ja, ich will Mitglied von BastA!
werden und bezahle einen
monatlichen Beitrag von
Fr. _____.-

(Richtgrösse ist 1% des
Nettoeinkommens, der
Minimalbeitrag für Leute ohne
Einkommen beträgt
Fr. 10.- pro Monat).

☐

Ich unterstütze BastA! als
GönnerIn, schickt mir
Einzahlungsscheine.

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

Adresse: _____

Telephon/Fax: _____

Bitte einsenden an:
BastA!, Basels starke Alternative
Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel
oder Fax 691 16 31

Sie sagen, wer Recht spricht.

Wahlen

**"RichterInnenwahlen? Interessieren mich nicht."
Sollten sie aber!**

Die Linke ist an den Gerichten stark untervertreten, und dies ist keineswegs gleichgültig. Wenn es um Ehescheidungen, Unterhaltsklagen oder Alimentenzahlungen geht, spielt der soziale Standpunkt der RichterInnen eine grosse Rolle. Gerade am Zivilgericht braucht es viel Verständnis für die Probleme der gesellschaftlich Schwächeren. Für die Linke ist solches Verständnis Selbstverständnis.

Das Team der RichterInnen bei einer zivilgerichtlichen Verhandlung besteht aus einem vollamtlichen Juristen als Gerichtspräsident, einem Juristen als Stadthalter und drei LaienrichterInnen. Die Tatsache, dass am Zivilgericht vorwiegend Laien Recht sprechen, bedeutet keineswegs leichtfertigen oder unsachgemässen Umgang mit Gesetzen. Im Gegenteil: Rechtsprechung durch Laien ermöglicht erst die Anwendung der Gesetze unter Einbezug breiter sozialer, lebenspraktischer, beruflicher und familiärer Erfahrung. Zivile Rechtsprechung braucht diese Erfahrungen. Reine Paragraphenauslegung genügt nicht.

Eine Stärkung der Vertretung der Linksparteien an den Gerichten ist im Interesse einer sozialen Rechtsprechung. Am 27./28. September 1997 können wir mit der Wahl der Liste 2 (BastA!, FraB, Grüne und SP) dazu beitragen.



BastA! ist auf der Liste 2 mit zwei KandidatInnen vertreten: Für das Zivilgericht kandidiert die bisherige Rosmarie Gugger-Häring, für das Appellationsgericht neu Peter Bohny.

Totalschaden

Der BastA!-Computer stürzt ab. Und dann erliegt auch der Drucker seinen Altersbeschwerden. Diagnose: Totalschaden, Reparatur unmöglich. Das BastA!-Sekretariat steht vor dem Zusammenbruch. Ein Ersatzgerät muss sofort erstanden werden, mit entsprechenden Kosten! Bitte benützt beiliegenden Einzahlungsschein für eine Spende - damit auch dieses Bulletin weiterhin produziert werden kann. Herzlichen Dank!

Veranstaltungen

Mo. 22. September

"Macht zuviel Medizin krank?"
Informations- und Diskussionsveranstaltung zum Gesundheitswesen

- 19.30 Uhr, Restaurant L'Escale, Messeplatz

Mo. 27. Oktober

"Selektion an der Basler Orientierungsschule"

- 20 Uhr, Ort siehe Tagespresse

Impressum: Nr. 4/September 1997. Herausgeber: BastA!, Basels starke Alternative, Reb-
gasse 1, Postfach, 4005 Basel, Tel./Fax 061 / 691 16 31, PC 40-31244-5, erscheint mind. 4x
jährlich, Abo: Fr. 20.-, Redaktion: Martin Engel, Martin Flückiger, Druck: Rumzeis Basel